

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

MÜTTERSTERBLICHKEIT IN KIRGISTAN

■ ANALYSE

Traditionelle Werte und problematische Gesundheitspolitik:

Einige Aspekte zu den Ursachen der Müttersterblichkeit in Kirgistan 2

Von Evi-Kornelia Gruber, Esther Werling und Meike Kolfenbach, Bischkek

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Daten zur Kinder- und Müttergesundheit in Kirgistan 6

■ CHRONIK

27. September – 24. Oktober 2014 10

Kasachstan 10

Kirgistan 12

Tadschikistan 14

Turkmenistan 15

Usbekistan 16



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

VDW
Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Traditionelle Werte und problematische Gesundheitspolitik: Einige Aspekte zu den Ursachen der Müttersterblichkeit in Kirgistan

Von Evi-Kornelia Gruber, Esther Werling und Meike Kolfenbach, Bischkek

Zusammenfassung

In Kirgistan ist die Müttersterblichkeit trotz internationaler Unterstützung nach wie vor hoch und das Land ist weit von der Erreichung des MDG 5 entfernt. Dabei sind die Bedingungen für Müttergesundheit auch in Bischkek bekannt, sie umfassen z. B. Aufklärung und Zugang zu modernen Verhütungsmitteln genauso wie kompetente medizinische Geburtsvorbereitung, -betreuung und -nachsorge. Orientiert am Musterbeispiel Estland sehen die Autorinnen insbesondere in der besseren Ausbildung von Hebammen und einer starken Interessenvertretung einen wichtigen Ansatz, um auch in Kirgistan das Geburtsrisiko zu senken.

Historisch betrachtet sind die postsowjetischen Länder eine der wenigen Regionen der Erde, in der die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung nach Überwindung der sogenannten »Armutskrankheiten« (Infektions- und Mangelkrankungen) noch einmal deutlich – um bis zu acht Jahre – gesunken ist. Während diese »Mortalitätskrise« in den neunziger Jahren dem wirtschaftlichen und sozialen Zerfall nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschuldet war, sind in jüngeren Jahren die stagnierenden Fortschritte in der Senkung der Müttersterblichkeit besorgniserregend.

Seit der Ratifizierung der UNDP Millennium Development Goals (MDGs, Millenniumsentwicklungsziele) im September 2000 hat Kirgistan, v. a. mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderer internationaler Organisationen, umfangreiche Programme zur Förderung der Mutter- und Kindergesundheit entwickelt. Obwohl das MDG 5 – die Reduktion der Müttersterblichkeit um 75 % zwischen 1990 und 2015 – in der kirgisischen Gesundheitspolitik hohe Priorität hat, ist das Land weit von der Erreichung dieses Ziels entfernt. Dafür sind sowohl Mängel bei gesundheitspolitischen Entscheidungen und im Management sowie fehlende multisektorale und interdisziplinäre Koordination verantwortlich, als auch das Fortbestehen traditioneller Werte und Rollenvorstellungen, die die Rechte der Frauen auf selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit beschneiden.

Müttersterblichkeit in Kirgistan

Die WHO definiert Müttersterblichkeit als den Tod einer Frau während der Schwangerschaft oder bis 42 Tage nach Schwangerschaftsende, ausgenommen Todesfälle, deren Ursachen nicht auf Schwangerschaft oder Geburt zurückzuführen sind (z. B. Unfälle). Internationale Bezugsgröße ist die Anzahl der direkten und indirekten mütterlichen Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeborenen. In Kirgistan liegt der Wert derzeit bei 75 (Stand 2012) – ein nur leichter Rückgang gegenüber

dem Ausgangswert von 85 im Jahr 1990. Trotz intensiver Bemühungen um eine Senkung der Müttersterblichkeit ist die Reduktion in den vergangenen 23 Jahren mit 0,5 % jährlich eher gering. Das MDG 5 wird in Kirgistan somit nicht erreicht werden.

Direkte mütterliche Sterbefälle sind solche, die als Folge von Komplikationen während Schwangerschaft, Geburt und im Wochenbett auftreten, also als Folge von Unterlassungen, unsachgemäßer Behandlungen oder auch als Folge einer Kausalkette, die von einem dieser Zustände ausgeht. In Kirgistan sind ca. 80 % der Todesfälle bei Schwangeren auf direkte Ursachen zurückzuführen; vor allem Blutungen nach der Geburt, Schwangerschaftserkrankungen im Zusammenhang mit Bluthochdruck, Infektionen und Folgen eines lange andauernden Geburtsstillstands.

Indirekt bedingte Sterbefälle ergeben sich aus bereits vorher bestehenden Krankheiten oder solchen, die sich während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett entwickelt oder durch physiologische Auswirkungen von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett verschlechtert haben. In Kirgistan sind Tuberkulose, Lungenentzündung, Hepatitis, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie HIV und AIDS als indirekte Todesursachen für etwa 20 % der Fälle von Müttersterblichkeit verantwortlich. Die Statistiken zeigen jedoch, dass der Anteil der indirekten Ursachen an der Sterblichkeitsrate seit 2006 zunimmt. Dabei gibt es einen Zusammenhang mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage im Land, von der vor allem vulnerable Bevölkerungsgruppen (arme Familien, Migranten, Minderjährige) betroffen sind.

Das Paradox

Effektive Interventionen, um Komplikationen und damit Todesfälle im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett zu vermeiden, sind dem Gesundheitspersonal und dem Gesundheitsministerium in Kirgistan lange bekannt. Moderne Verhütungsmethoden und sichere Abtreibungen können uner-

wünschte Schwangerschaften und Todesfälle infolge gefährlicher Abtreibungspraktiken verhindern. Während Geburtsvorbereitungskurse Frauen und werdende Eltern auf Schwangerschaft, Geburt und das Leben mit Kind vorbereiten und auch Wissen zu Angeboten des Gesundheitssystems vermitteln, dient Schwangerenvorsorge dazu, werdende Mütter über schwangerschaftsbedingte Risiken aufzuklären, Komplikationen im Vorfeld zu erkennen und eine gute Versorgung Risikoschwangerer sicherzustellen. Geburtshilfliche Notfallversorgung und Bluttransfusionen müssen in ausreichendem Umfang vorhanden sein, um bei lebensbedrohlichen Komplikationen rechtzeitig eine höhere Versorgungsstufe gewährleisten zu können. Und schließlich ist eine nachgeburtliche Betreuung notwendig, um Gesundheit und Wohlbefinden der jungen Mütter und ihrer Neugeborenen zu überwachen und postnatale Sterbefälle zu verhindern.

Außerdem braucht es eine professionelle Geburtshilfe mit qualifizierten, fachkundigen und einfühlsamen Hebammen, die gebärende Frauen, Neugeborene und ihre Familien über den Betreuungszeitraum von der Familienplanung, über Schwangerschaft und Geburt bis zum Wochenbett begleiten.

Das jüngste kirgisische Gesundheitsprogramm »Den Sooluk« (Gesundheit) definiert Richtung und Schwerpunkte der staatlichen Politik für die Jahre 2012–2016. Mütter- und Neugeborenen-gesundheit ist einer von vier dort genannten inhaltlichen Schwerpunkten. Dort wird festgestellt, dass, während die Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren leicht gesunken ist (und Kirgistan somit das MDG 4 zu erreichen scheint), die Müttersterblichkeit nach wie vor hoch ist. Beides wird auf die oft unzureichende medizinische Betreuung während der Schwangerschaft, Geburt und bei der nachgeburtlichen Versorgung zurückgeführt. Daher wird der Fokus zum einen auf die Verbesserung der Qualität der medizinischen Versorgung gelegt, zum anderen soll der Wissensstand von Frauen und ihren Familienangehörigen über die Gesundheit von Müttern und moderne Methoden der Familienplanung verbessert werden.

Traditionen, Geschlechterrollen und scheiternde Gesundheitspolitik

Durch den wachsenden Einfluss konservativer islamischer Wertvorstellungen in Kirgistan in den letzten beiden Jahren werden gerade im ländlichen Raum die Rechte der Frauen auf selbstbestimmte Familienplanung und körperliche Gesundheit de facto beschnitten. Die im nationalen Gesundheitsprogramm sowie in zahlreichen Strategien und Projekten mit internationalen Gebern definierten Ziele zur Mutter-Kindgesundheit haben diese Entwicklung bislang kaum berücksichtigt.

Vor allem die ärmere, ländliche Bevölkerung ist wenig über ihre reproduktiven Rechte, über moderne Methoden der Familienplanung sowie Schwangerschaftsphysiologie und -risiken aufgeklärt. Der Zugang zu modernen Verhütungsmethoden bleibt nach wie vor begrenzt und hohe Abtreibungsraten zeugen von wenig Verhandlungsspielraum der Frauen gegenüber ihren Partnern. Schwangere Frauen verrichten oft bis kurz vor der Geburt schwere körperliche Arbeit, sind häufig unterernährt und anämisch. Meist liegt die Entscheidung über Familienplanung neben den Männern vor allem bei den Schwiegermüttern – häufig mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der (werdenden) Mütter.

Die Daten der letzten Jahre zeigen eine deutliche Reduktion der Sterblichkeitsraten in Kliniken auf Gebietsebene (von 36,6 in 2010 auf 27,7 in 2011) im Vergleich zu denen auf Bezirksebene, d. h. die meisten Todesfälle ereignen sich neben dem nationalen Mutter-Kind-Zentrum in Bishkek, das fast ausschließlich Risikogeburten betreut, in Krankenhäusern im ländlichen Raum, wo die Betreuung nicht in vollem Umfang gewährleistet ist. Etwa 50 % des gesamten kirgisischen Gesundheitspersonals ist in den größeren Städten beschäftigt, in den Kliniken abgelegener, ländlicher Regionen besteht ein akuter Mangel an gut ausgebildeten Gynäkologen, Geburtshelfern, Anästhesisten, Hebammen und Neonatologen. Das Beispiel des Bezirks Ton im Süden des Issyk Kul verdeutlicht die fast ausweglose Situation, in der sich die Geburtskliniken befinden: Allein im Jahr 2012 sind aus Ton 27 Ärzte nach Kasachstan ausgewandert, um dort ein besseres Einkommen zu erzielen. Unter ihnen befanden sich der einzige Anästhesist des Krankenhauses und mehrere Gynäkologen, die nur teilweise über bereits pensionierte Ärzte ersetzt werden konnten. Außerdem ist die Versorgungskontinuität von Mädchen und Frauen im reproduktiven Alter, die sich von der Adoleszenz, über Familienplanung, Geburt, postnatale Phase und frühe Kindheit des Neugeborenen erstreckt, sehr schwach, wie auch zu selten auf die höhere Versorgungsebene überwiesen wird.

All diese Probleme zeigen eine funktionale Schwäche des Gesundheitssystems und verhindern damit eine effektive Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern.

Geburtshilfe auf wackligen Füßen

Die internationale Erfahrung zeigt, dass für gute Geburtshilfe u. a. ein gut aufgestelltes Hebammenwesen entscheidend ist. Dieses beruht auf einer fundierten und qualifizierten Ausbildung, der staatlichen Regulierung der Hebammentätigkeit und der Organisation der Hebammen in Berufsverbänden. In Kirgistan bestehen trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren in allen drei Bereichen noch erhebliche Mängel.

Der Hebammenverband wurde erst 2011 gegründet und widmet sich vorrangig der professionellen Entwicklung und der Beratung seiner Mitglieder bezüglich der Qualitätsstandards in der Schwangeren- und Neugeborenenbetreuung sowie in Fällen, in denen Mitglieder wegen des Verdachts beruflicher Verfehlung angeklagt werden. Eine fachlich-beratende Funktion nimmt der Verband jedoch nicht wahr. Ministerien und politische Entscheidungsträger erkennen den jungen Verband nicht als gleichberechtigten Dialog- und Verhandlungspartner an. Die finanziellen Mittel sind knapp, die Mitglieder zahlen derzeit noch keinen Mitgliedsbeitrag und es gibt kaum einen autonomen Handlungsraum.

Die Hebammenausbildung ist vollkommen veraltet. Sie leidet unter dem Fehlen von Standards und geeigneten Lehrmitteln (z. B. Lehrbücher, Simulationsgeräte), sehr geringen Praxisanteilen und mangelnder berufsspezifischer und pädagogischer Qualifikation der Lehrkräfte. So müssen kirgisische Hebammenschülerinnen während ihrer Ausbildung beispielsweise lediglich fünf Geburten betreuen, um ihre Berufsqualifikation zu erhalten. (Auf internationaler Ebene sind mindestens 40 Geburten vorgeschrieben). Diese Mängel beeinträchtigen sowohl die praktischen Fertigkeiten der Hebammen als auch die Wahrnehmung ihrer Kompetenzen innerhalb der klinischen Teams. Der Mangel an qualifizierten Lehrhebammen (meist unterrichteten Ärzte und Krankenschwestern) verstärkt die ohnehin problematische Tendenz der ärztedominierten Hebammenausbildung und die Kluft zwischen Ausbildung und Praxis.

Es fehlt zudem eine gesetzliche Basis, welche die Geburtshilfe als autonomen Beruf anerkennt, eine Lizenzierung für Hebammen und ein verifiziertes Hebammenregister. Die schwache Regulierung der Geburtshilfe als berufliche Disziplin schränkt nicht nur die professionelle Autonomie der Hebammen ein. Sie gefährdet auch den Schutz und die Gesundheit von Frauen und Familien, da nicht sichergestellt werden kann, dass Frauen und Neugeborene professionell und mit hoher Qualität kompetent betreut werden. Hebammen spielen sowohl in der Schwangerenvorsorge als auch nach dem Wochenbett weiterhin eine untergeordnete Rolle.

Diese Schwächen beeinflussen und verstärken sich gegenseitig: Die mangelhafte Ausbildung und Regulierung schwächen Fürspracherecht und Einflussnahme der Hebammen auf die politische Ebene, die wiederum ungenügende Weichen für geburtshilfliche Ausbildung und Praxis stellt.

Erfolgsfaktoren im internationalen Vergleich

In den Ländern, die das MDG 5 bereits erreicht haben, lässt sich ein Erfolgsmuster erkennen. Sie haben drei wesentliche Bereiche in Angriff genommen: Erstens

haben sie systematisch mehrere Sektoren eingebunden. Global gesehen ist etwa die Hälfte der Reduktionen der Mütter- und Kindersterblichkeit seit 1990 auf Investitionen im Gesundheitswesen zurückzuführen – die andere Hälfte wurde durch Investitionen in anderen Bereichen (wie zum Beispiel im Ernährungsbereich oder in der sozialen Sicherung) erzielt. Zweitens mobilisieren diese Länder strategische Partner in Gesellschaft und Öffentlichkeit und nutzen die Gesundheitsstatistiken, um politische Entscheidungen voran zu bringen. Außerdem berücksichtigen sie flexible Planungsansätze, unmittelbare Bedürfnisse der Bevölkerung, langfristige Visionen und wechselnde Anforderungen, mit denen das Gesundheitssystem konfrontiert ist. Und drittens entwickeln diese Länder Leitprinzipien, die Fortschritte lenken, Aktivitäten abstimmen und erwünschte Ergebnisse formulieren. Vor allem aber muss es ein starkes politisches Engagement im Bereich Mutter- und Kindgesundheit und Unterstützung seitens der Regierung geben.

Das beste Beispiel ist Estland, das bei der Erreichung des MDG 5 international an erster Stelle steht. Die Müttersterblichkeitsrate ist von 48 im Jahr 1990 auf 2 im Jahr 2010 gesunken. Voraussetzung für diesen Erfolg war ein grundlegender Umbau des Gesundheitssystems, Dezentralisierung, Einführung einer Krankenversicherung sowie die Reform des Krankenhauswesens. Bereits in den späten achtziger Jahren fanden grundlegende Veränderungen im Bereich Mutter-Kind-Gesundheit statt, verbunden mit der Einführung von Basisgesundheitsdiensten durch Familienärzte. Die Berufsverbände der Gynäkologen, Hebammen und Krankenschwestern nahmen eine wichtige Rolle beim Umbau des Gesundheitssystems ein. Es wurden Leitlinien entwickelt, z. B. werden Risikoschwangerschaften und -geburten zeitnah auf die höchste Versorgungsebene überwiesen. Die Krankenversicherung übernimmt bei nicht berufstätigen Müttern zu 100 % die Kosten der Geburt, der Vor- und Nachsorge und deckt bei berufstätigen Frauen bis zu vier Monate den Mutterschaftsurlaub ab. Geburtskliniken bieten baby- und mütterfreundliche Dienste an und die Beteiligung der werdenden Väter an der Geburtsvorbereitung und bei der Geburt spielt eine große Rolle. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die zentrale Rolle der Hebammen bei der Betreuung der Schwangeren, bei und nach der Geburt gelegt und die Rolle der Hebammen als eigener Berufsstand wurde gestärkt. Zudem wurde ein Geburtsregister aufgebaut und gleich Anfang der neunziger Jahre die WHO Richtlinien zu Safe Motherhood flächendeckend eingeführt.

Was kirgisische Hebammen leisten können

Die professionelle Betreuung von Frauen im gebärfähigen Alter, von Neugeborenen und Familien über das

gesamte Kontinuum von Familienplanung, Schwangerschaft, Geburt, postnataler Phase und der Neugeborenen in den ersten Lebenswochen kann am besten durch Hebammen geleistet werden.

Würden die kirgisischen Hebammen durch entsprechende Rahmenbedingungen (zum Beispiel die Reform der Hebammenausbildung) unterstützt, so könnten sie ihrer gesundheitlichen und gesellschaftsrelevanten Rolle besser gerecht werden und zur Reduktion der Mütter- und Kindersterblichkeit mehr beitragen: Sie könnten die biologischen, psychologischen, sozialen und kulturellen Prozesse der Reproduktion und der frühen Familienphase zum Positiven beeinflussen. Sie könnten Komplikationen zeitnah erkennen, vorbeugen und gegebenenfalls auffangen, andere Versorgungsebenen zu Rate ziehen und Patienten rechtzeitig überweisen. Sie würden die individuellen Umstände der Frauen respektieren und sie und ihre Partner in deren Fähigkeit stärken, für sich und ihre Familien zu sorgen. Und sie könnten durch ihren Verband das gesellschaftliche und politische Bewusstsein für die Bedeutung einer professionellen Betreuung der physischen und psychosozialen Gesundheit von Müttern und Kleinkindern, die sozio-ökonomische Situation der Familien und letztendlich des Landes stärken.

Durch ihre wichtige Rolle im gesamten »Betreuungsbogen« und im Rahmen einer respektvollen Betreuung, die individuell auf die Bedürfnisse von Frauen eingeht und in die Gemeinden integriert ist, könnten sie den traditionellen Erwartungen an die Frau mit ihnen und ihren Partnern gemeinsam begegnen. Durch die Stärkung ihrer Rolle im politischen Leben könnten sie außerdem über Lobbyarbeit zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen. So würden sie die tatsächliche Umsetzung der Rechte auf selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit und weitere im nationalen Gesundheitsprogramm proklamierte Ziele voranbringen.

Perspektiven

Die Qualität der Gesundheitsversorgung für gebärfähige Frauen in Kirgistan kann massiv durch die Verbesserung der Hebammenausbildung, die Stärkung des Profils der Geburtshilfe als eigenständige Disziplin und die Stärkung des Hebammenverbands profitieren. Für das kirgisische Hebammenwesen sind die Steigerung der Praxisanteile in der Ausbildung und die Stärkung der berufsbegleitenden und praxisbezogenen Fort- und Weiterbildung die effektivsten Strategien. So könnten Heb-

ammen kompetenter und selbstbewusster in den Beruf einsteigen und sich besser in ihren Teams etablieren.

Durch zielorientierte Regulierung der Geburtshilfe könnten gut ausgebildete, kompetente, motivierte und lizenzierte Hebammen effektiv in das Gesundheitssystem und ihre interdisziplinären Teams aus Gynäkologen, Geburtshelfern, Neonatologen, Anästhesisten und Pflegekräften integriert und so die Versorgungsqualität verbessert und damit die Müttersterblichkeit gesenkt werden.

Um systematische Verbesserungen zu erreichen, Investitionen effektiv zu koordinieren und das politische Engagement von vielen Seiten zu sichern, sind langfristige und zielgerichtete Bemühungen notwendig. Daher braucht es auch einen starken Hebammenverband, der sich politisch und gesellschaftlich für diese Ziele einsetzen kann. Wegweisend ist hier neben der Einführung der WHO-Standards zu Safe Motherhood die WHO Initiative »Making Pregnancy Safer (MPS)« unter der das Instrument »Beyond The Numbers« (BTN) entwickelt wurde. Dieses untersucht mit zwei verschiedenen Methoden jeden einzelnen mütterlichen Todesfall, um künftig ähnliche tragische Fälle zu vermeiden, statt nur mit Strafen zu drohen. Diese Maßnahmen konnten in Kirgistan mit Unterstützung von UNFPA, GIZ, UNICEF und WHO implementiert werden. Außerdem unterstützen diese Organisationen den kirgisischen Hebammenverband auf vielfältige Weise, z. B. bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Geburtshelfern in den Geburtskliniken und Sozialarbeitern, der Qualifizierung von Hebammen in geburtshilflicher Notfallversorgung sowie der Erarbeitung von nationalen Standards für die Hebammenausbildung. Die Förderung von Netzwerken, sowohl mit dem ICM (Internationaler Hebammendachverband) als auch zwischen den Hebammenverbänden in Zentralasien und Europa, ist seit 2012 ein besonderes Ziel der deutschen Technischen Zusammenarbeit. Die Kooperation mit dem kirgisischen Gesundheits- und Sozialministerium, den UN-Organisationen sowie dem ICM ist dabei von großer Bedeutung.

Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich viel getan, der Vergleich mit Estland zeigt jedoch, dass noch viel Raum für Verbesserungen besteht und auch weit über die für die MDGs festgelegte Frist von 2015 hinaus das Engagement eines starken Hebammenwesens unabdingbar ist.

Informationen über die Autorinnen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorinnen:

Evi-Kornelia Gruber ist Sozialökonomin und Mediendesignerin und seit 2012 Leiterin des GIZ-Regionalprogramms »Gesundheit in Zentralasien«.

Esther Werling hat an der Karlsruhochschule in Karlsruhe Internationales Tourismusmanagement studiert und den MSc in »Population and Development« an der London School of Economics and Political Science erworben.

Meike Koltenbach, staatl. geprüfte Hebamme und Pflegepädagogin, ist seit Mai 2014 im GIZ Regionalprogramm »Gesundheit in Zentralasien« tätig. Davor war sie über 14 Jahre lang Leiterin einer Hebammenschule in Süddeutschland.

Lesetipps:

- Asyl Osmonaliyeva, Kyrgyzstan improves maternal and children's health. The state-run Den Sooluk programme has made the effort a priority, Central Asia Online, 22.8.2014, = <http://centralasiaonline.com/en_GB/articles/caii/features/main/2014/08/22/feature-01>
- Kyrgyzstan: Abortion Believed to be Most Common Form of Birth Control, EurasiaNet Blog, 24.11.2012, = <<http://www.eurasianet.org/node/66218>>
- Aigul Azimova, Nazgul Abazbekova, Frauen retten Leben, E+Z, 26.7.2011, = <<http://www.dandc.eu/de/article/die-harten-arbeitsbedingungen-von-frauen-zentralasiatischen-gesundheitswesen>>

Die Analysen und Meinungen in diesem Artikel spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung und offizielle Politik der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH wider.

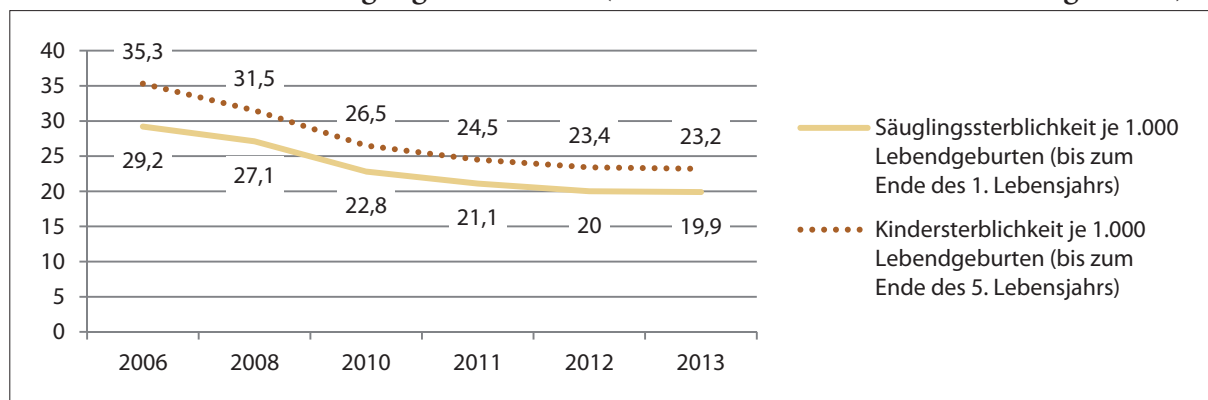
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Daten zur Kinder- und Müttergesundheit in Kirgistan

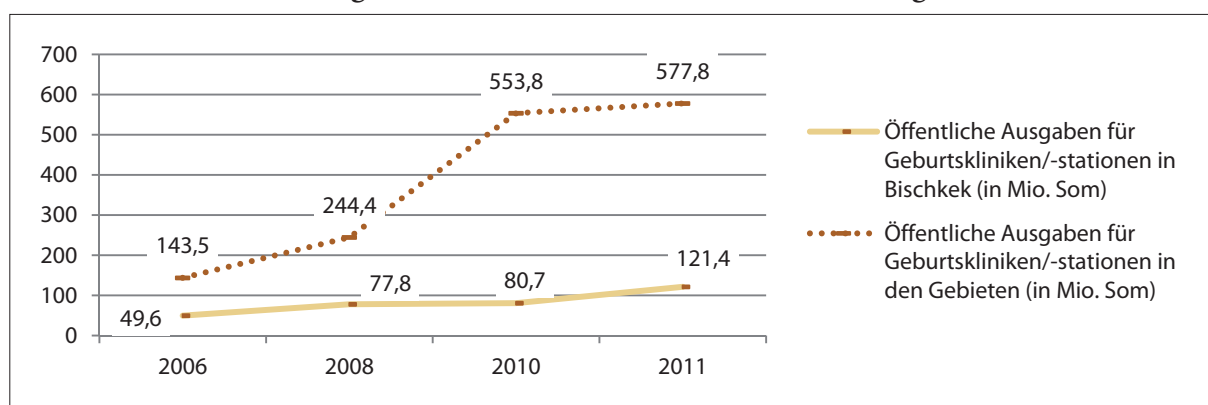
Grafik 1: Anteil von Frauen im reproduktiven Alter, die Verhütungsmittel nutzen (2010–2013, in %)



Quelle: National Health Information Centre KR, National Statistical Committee

Grafik 2: Kinder- und Säuglingssterblichkeit (2006–2014, Fälle auf 1.000 Lebendgeburten)

Quelle: National Health Information Centre KR, National Statistical Committee

Grafik 3: Öffentliche Ausgaben für Geburtskliniken/-stationen in Kirgistan

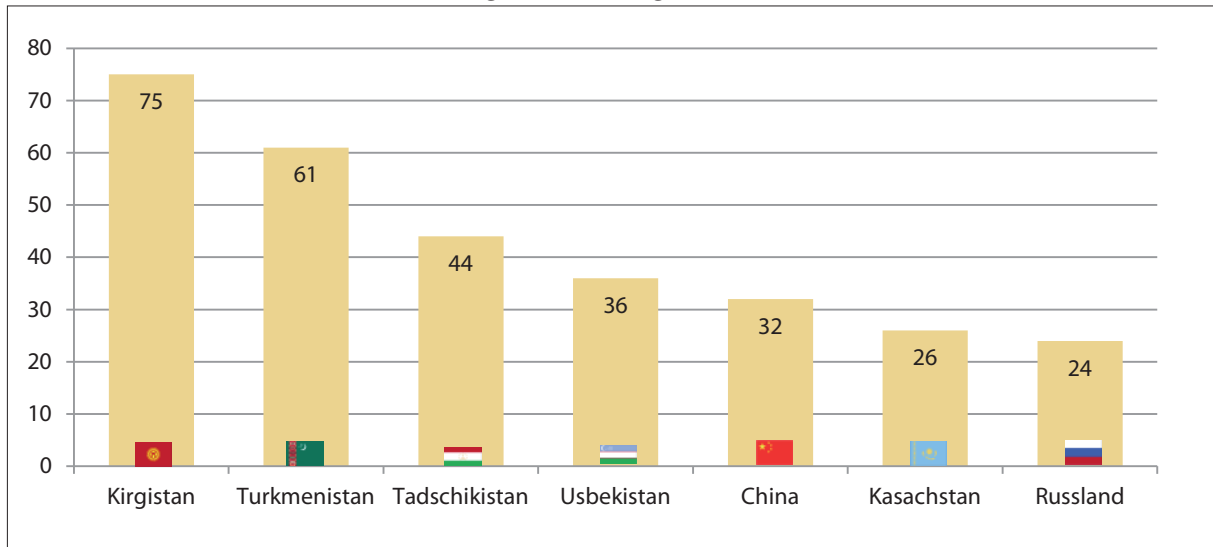
Quelle: MDG Acceleration Framework, Improving Maternal Health in the Kyrgyz Republic; <<http://www.kg.undp.org/content/kyrgyzstan/en/home/library/mdg/mdg-acceleration-framework-improving-maternal-health-in-kyrgyzs/>>

Tabelle 1: Entwicklung der Müttersterblichkeit in Kirgistan (Fälle auf 100.000 Lebendgeburten, offizielle kirgisische Angaben)

	2009	2010	2011	2012	2013
Kirgistan	75,3	50,6	47,5	50,3	39,2
Gebiet Batken	41,7	59,7	66,9	50,7	56
Gebiet Dschalalabad	40,3	34,6	29,9	52,6	36,3
Gebiet Issyk Kul	72	70,4	62,6	88,3	55,8
Gebiet Naryn	135,8	83,5	83,3	70,3	43,4
Gebiet Osch	117,4	59,8	47,6	61	42,8
Gebiet Talas	61,3	87	40,9	0	14,8
Gebiet Tschui	83,3	49,5	64,1	45,8	45,9
Stadt Bischkek	30,6	34	28,8	22,5	26,1
Stadt Osch	187,2	0	35,7	60,3	15

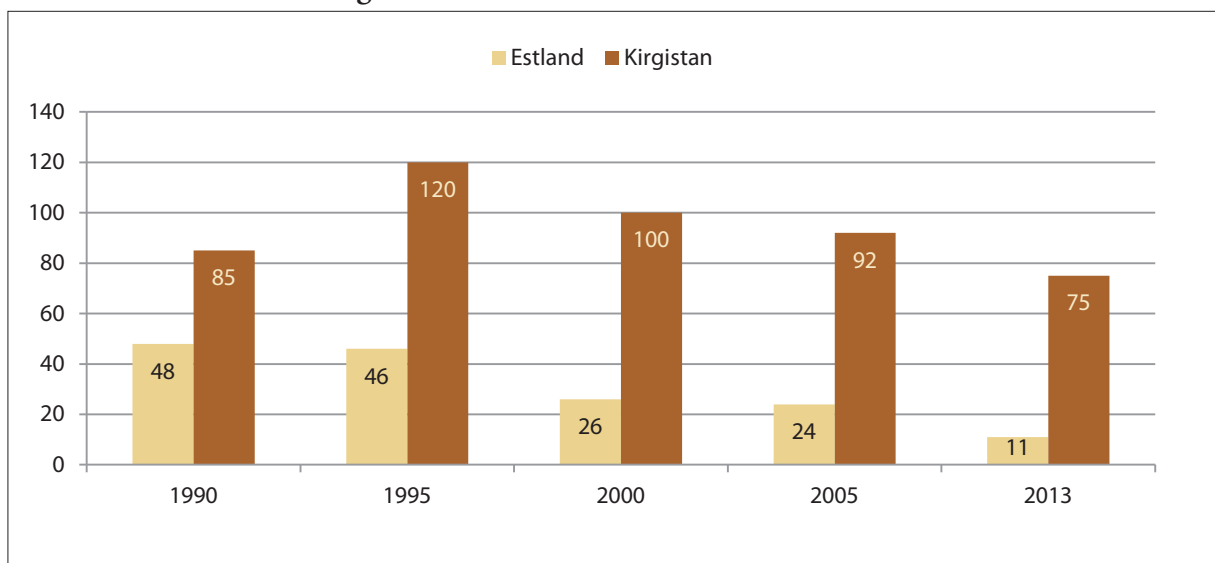
Quelle: National Health Information Centre KR

Grafik 4: Müttersterblichkeitsrate (MMR = Maternal Mortality Ratio) im Vergleich (Fälle auf 100.000 Lebendgeburten, Angaben der WHO, 2012)



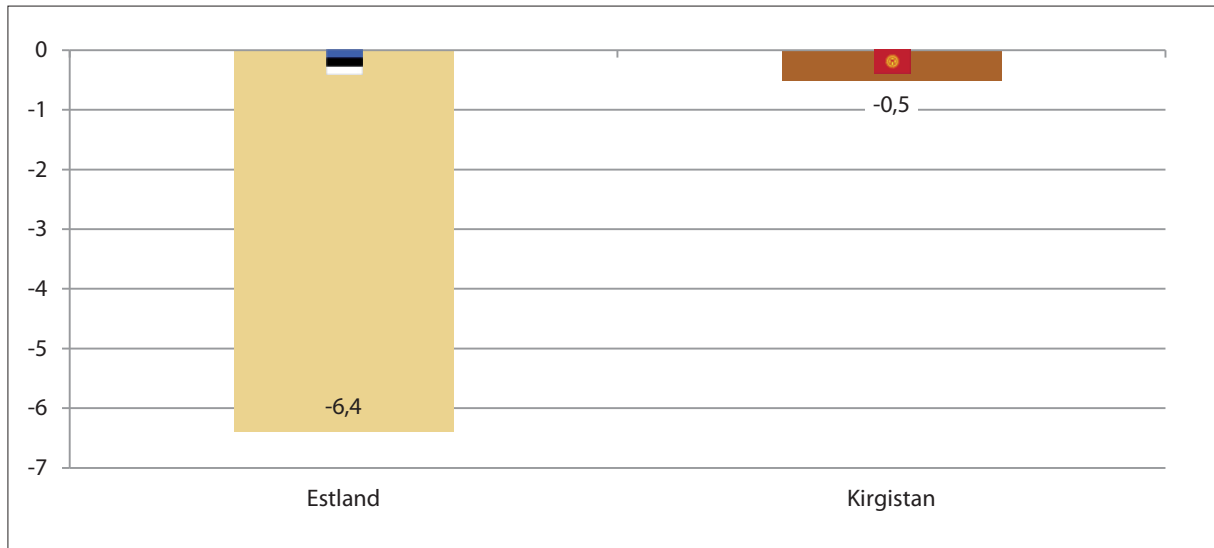
Quelle: WHO Global Health Observatory; <www.who.int/gho/countries/en/>

Grafik 5: Entwicklung der Müttersterblichkeit in Kirgistan und Estland im Vergleich: Fälle auf 100.000 Lebendgeburten



Quelle: Trends in Maternal Mortality: 1990 to 2013; <<http://countryoffice.unfpa.org/nepal/drive/TrendsInMaternalMortality.pdf>>

Grafik 6: Entwicklung der Müttersterblichkeit in Kirgistan und Estland im Vergleich: Durchschnittliche jährliche Entwicklung der Müttersterblichkeitsrate (für den Zeitraum 1990–2013, in %)



Quelle: *Trends in Maternal Mortality: 1990 to 2013*; <<http://countryoffice.unfpa.org/nepal/drive/TrendsInMaternalMortality.pdf>>

27. September – 24. Oktober 2014

Kasachstan

29.9.2014	Präsident Nursultan Nasarbajew schlägt beim Gipfel der Kaspi-Anrainerstaaten im russischen Astrachan eine alle fünf Länder umfassende Freihandelszone vor, zudem werden Fragen der maritimen Souveränität, Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert. An Rande des Gipfels trifft Nasarbajew u. a. mit seinem aserbajdschischen Amtskollegen Ilham Alijew zusammen.
30.9.2014	Senatssprecher Kasymschomart Tokajew empfängt in Astana den Chef des GUS-Exekutivkomitees, Sergej Lebedew, der zugleich Leiter der Wahlbeobachtermission der Gemeinschaft bei den anstehenden Senatswahlen ist.
30.9.2014	Präsident Nasarbajew und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin unterschreiben im Vorfeld eines interregionalen Forums in Atyrau mehrere bilaterale Abkommen, darunter eines über gutnachbarschaftliche Beziehungen.
30.9.2014	Energieminister Wladimir Schkolnik und Rosatom-Chef Sergej Kirijenko unterschreiben ein Abkommen über den Bau eines Atomkraftwerks in der Stadt Kurtschatow (Gebiet Ostkasachstan).
1.10.2014	Ein Gericht in Astana lehnt die Schadensersatzklagen von zehn Familien der im Mai 2012 am Grenzkontrollpunkt Arkankergen getöteten Soldaten ab. Es verweist stattdessen auf den der Tat in einem umstrittenen Urteil schuldig gesprochenen Rekruten Wladislaw Tschelach. Die Familien hatten die Grenzsicherungsbehörde auf insgesamt 200 Mio. Tenge (ca. 1,1 Mio. US-Dollar) verklagt.
1.10.2014	Die untere Kammer des Parlaments ratifiziert das Gesetz über die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion.
1.10.2014	Ein Gericht in Uschtobe (Gebiet Almaty) verurteilt die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas zu einer Strafe von 185.000 Tenge (ca. 1.000 US-Dollar) wegen missionarischer Tätigkeit.
1.10.2014	Der Gouverneur des Gebiets Petropawlowsk, Tulegen Sakarjanow, reicht aus familiären Gründen seinen Rücktritt ein.
1.10.2014	Die Volksvertretungen der Gebiete wählen turnusmäßig 16 neue Mitglieder des Senats.
4.10.2014	Senatssprecher Tokajew fordert in einer Rede vor der parlamentarischen Versammlung der OSZE in Genf die Organisation dazu auf, Kriegsverbrechen gegen Zivilisten in der Ukraine zu untersuchen.
6.10.2014	Ein Gericht im französischen Lyon lehnt die Freilassung von Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow auf Kautions ab.
6.10.2014	Der britische Staatsminister für Justiz, Lord Edward Peter Faulks, trifft zu einem Arbeitsbesuch in Astana ein. Thema der Gespräche auf Ministerebene ist vor allem die Justizreform in Kasachstan.
6.10.2014	Präsident Nasarbajew empfängt den Chevron-Aufsichtsratsvorsitzenden, John Watson, zu Gesprächen über Perspektiven der Zusammenarbeit.
7.10.2014	Präsident Nasarbajew empfängt die Mitglieder seines internationalen Konsultationsrates zu Gesprächen in Astana, darunter Österreichs Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer, den polnischen Ex-Präsidenten Aleksander Kwasniewski sowie Ex-EU-Kommissionspräsident Romano Prodi. Mit dem ukrainischen Ex-Präsidenten Leonid Kutschma bespricht Nasarbajew mögliche humanitäre Hilfslieferungen in die Ostukraine.
9.10.2014	Präsident Nasarbajew erörtert in Brüssel mit Vertretern der Europäischen Kommission die Ergebnisse eines neu ausgehandelten Partnerschaftsabkommens zur bilateralen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Am Vortag war Nasarbajew u. a. vom belgischen König Philipp empfangen worden.
10.10.2014	Präsident Nasarbajew verhandelt am Rande des GUS-Gipfels in Minsk mit seinem kirgisischen Amtskollegen Almasbek Atambajew über Energielieferungen für den kommenden Winter.
10.10.2014	Nach Berichten von Nowosti-Kazachstan befindet sich die kasachstanische Regierung in Verhandlungen mit Aserbaidschan, Turkmenistan, China und Belarus über eine Erhöhung des Benzinimports.
13.10.2014	Senatssprecher Tokajew trifft in Moskau mit der Sprecherin des russischen Föderationsrats, Walentina Matwjenko, zu Gesprächen über die Kooperation beider Institutionen zusammen.
13.10.2014	Der kirgisische Premierminister Dschoomart Otorbajew erörtert während eines Arbeitsbesuches in Astana mit Präsident Nasarbajew und seinem kasachstanischen Amtskollegen Karim Massimow die bilaterale Zusammenarbeit.
14.10.2014	Präsident Nasarbajew ratifiziert das Gesetz zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion zum 1.1.2015.
14.10.2014	In Astana findet eine zweitägige Konferenz auf Ministerebene im Format EU-Zentralasien statt, die sich mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit befasst.
14.10.2014	Aus dem Agrarministerium verlautet, dass die iranische Regierung Land für den Bau eines kasachstanischen Getreideterminals mit einer Kapazität von 20.000 t an der iranisch-turkmenischen Grenze zur Verfügung stellt.

15.10.2014	Das Komitee für Statistik des Wirtschaftsministeriums gibt eine Verringerung des Wirtschaftswachstums in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7% bekannt. Als Grund werden die schleppende Konjunktur in und westliche Sanktionen gegen Russland angegeben.
16.10.2014	Erst jetzt macht die Generalanwaltschaft bekannt, dass ein Gericht in Astana bereits im August ein Verbot gegen die radikalislamische und extremistische Organisation Takfir wal-Hijra ausgesprochen hat, die Verbindungen zu Al-Qaida haben soll.
16.10.2014	Präsident Nasarbajew reist als einziger Staatschef Zentralasiens zum Gipfel »Europa-Asien«, der im Rahmen der EU-Präsidentschaft Italiens in Mailand stattfindet. Dort trifft er u. a. auf Bundeskanzlerin Angela Merkel, die niederländischen und japanischen Premierminister, Mark Rutte und Shinzo Abe, sowie seine südkoreanische Amtskollegin Park Geun-hye.
16.10.2014	Der Chef der Präsidentenadministration, Nurlan Nigmatulin, stellt den Politologen Jerlan Karin als neuen Leiter des Kasachstanischen Instituts für strategische Studien (KISI) vor.
16.10.2014	Der ehemalige Vize-Agrarminister Muslim Umirjajew wird von einem Gericht in Astana wegen Annahme von Schmiergeldern in besonders großem Umfang zu zehn Jahren Haft verurteilt.
16.10.2014	Der Geschäftsführer der Alliance Bank, Timur Issatajew, erklärt der Nachrichtenagentur Reuters, dass die Restrukturierung der Schulden seines Instituts in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar nahezu abgeschlossen ist. Die Alliance Bank, deren Aktienmehrheit vom Nationalfond Samruk-Kasyna gehalten wird, strebt zudem eine Fusion mit der Temirbank und der Fortebank an.
17.10.2014	Experten der Investmentbank Halyk-Finance prognostizieren in einem Bericht die weitere Abwertung des Tenge gegenüber dem US-Dollar von derzeit rund 1:180 auf 1:210 zum Ende des Jahres und begründen dies mit großen Turbulenzen auf dem Finanzmarkt.
18.10.2014	Der geschäftsführende Direktor des Stahlkonzerns ArcelorMittal Kazakhstan, Ivo Chmelik, erklärt, dass seit Beginn des Jahres 700 Mitarbeiter das Unternehmen »auf eigenen Wunsch« verlassen haben. Bürgerrechtler bezweifeln die »Freiwilligkeit«.
19.10.2014	Der Chef der Kasachstanischen Entwicklungsbank, Bolat Schamischew, kündigt an, Mittel des Nationalfonds Samruk-Kasyna in Höhe von 75 Mrd. Tenge (323 Mio. US-Dollar) für die Finanzierung von Projekten im Rahmen der industriell-innovativen Entwicklung einzuwerben.
20.10.2014	Präsident Nasarbajew entlässt die stellvertretenden Leiter der Agenturen für den Kampf gegen Korruption und für Angelegenheiten des Staatsdienstes, Abdraschid Schukenow und Ali Komekbajew. Chef der nun fusionierten Agentur wird Kairat Koschamscharow.
20.10.2014	KazMunaiGaz wird zu einer Strafe von 4,6 Mrd. Tenge (ca. 25 Mio. US-Dollar) wegen der Hinterziehung von Steuern verurteilt.
20.10.2014	Im Gebiet Südkasachstan wird ein neuer Grenzkontrollpunkt mit Usbekistan eröffnet.
21.10.2014	Nationalbankchef Kairat Kelimbetow erklärt während eines Briefings für Journalisten in Astana, dass die Devisenreserven des Landes die 100 Mrd. US-Dollar Marke überschritten hätten. Berichte über eine weitere Abwertung des Tenge dementiert er als haltlos.
21.10.2014	Offiziere der kasachstanischen Peacekeeping-Einheit Kazbrig nehmen an einer NATO-Übung in der Türkei teil.
21.10.2014	Ein Gericht im Gebiet Westkasachstan erklärt den Ausschluss eines sechsjährigen Mädchens vom Schulunterricht wegen Tragens des Hidschabs für rechens. Der Vater des Mädchens hatte zum wiederholten Male und durch mehrere Instanzen wegen Verletzung der Religionsfreiheit gegen die Schule geklagt.
22.10.2014	Präsident Nasarbajew kündigt bei einem Treffen in der Stadtverwaltung von Astana an, dass 2015 das 550. Jahr der kasachstanischen Staatlichkeit begangen wird. Er bezieht sich dabei auf die Gründung des Khanats von Schanibek und Kerey.
22.10.2014	Verteidigungsminister Serik Achmetow tritt von seinem Amt zurück. Nachfolger wird der Bürgermeister von Astana, Imamgali Tasmagambetow. Dessen Posten wird vom bisherigen Staatssekretär Adilbek Dschaksybekow übernommen, der dieses Amt bereits zwischen 1996 und 2003 inne hatte.
22.10.2014	Vize-Energieminister Usakbai Karabalin kündigt die Gründung einer nationalen Benzin-Reserve von 50.000 t an, um periodische Defizite ausgleichen zu können.
23.10.2014	Im Gebiet Ostkasachstan werden bei Bauarbeiten mehrere frühe sakische Gräber entdeckt, die aus dem 14.–12. Jh. v. Chr. stammen sollen.

23.10.2014	Der Senat ratifiziert ein Gesetz zur Umsetzung des im September von den Präsidenten Nasarbajew und Putin unterzeichneten Abkommens über gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen Kasachstan und Russland.
23.10.2014	Präsident Nasarbajew empfängt den Managing Director der Weltbank, Sri Mulyani Indrawati, zu Gesprächen über die zukünftige Zusammenarbeit.
23.10.2014	Nationalbankchef Kelimbetow kündigt bei einem Treffen mit Geschäftsleuten an, dass im Rahmen der Reform des Bankensektors Kaskommertsbank und BTA Bank zum wichtigsten Finanzinstitut des Landes fusioniert werden.
24.10.2014	Die französische Generalstaatsanwaltschaft stimmt der Auslieferung von Ex-BTA Bank-Chef Abldjasow nach Russland zu.
24.10.2014	Nach einem massiven Korruptionsskandal, der zur Verhaftung des Gouverneurs des Gebiets und des Bürgermeisters der Stadt Karaganda, Baurshanch Abdyschew und Meiram Smagulow, geführt hatte, werden in den Verwaltungen zahlreiche Stellen neu besetzt, erklärt der neue Gouverneur des Gebiets, Nurmuchambet Abdibekow.
24.10.2014	Generalleutnant Saken Dschasusakow, stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der kasachstanischen Armee, und der britische Generalstabschef General Nicholas Houghton erörtern bei einem Gespräch in London Fragen der militärischen Zusammenarbeit, teilt das Verteidigungsministerium mit.

Kirgistan

27.9.2014	In der Stadt Talas wird eine Versammlung von mehreren hundert NGO-Vertretern noch vor ihrem offiziellen Beginn von Sicherheitskräften so behindert, dass die Veranstalter sie absagen. Der stellvertretende Gouverneur erklärt die Veranstaltung für unnötig.
27.9.2014	Außenminister Jerlan Abdylidajew trifft in New York mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zusammen und spricht eine Einladung nach Kirgistan aus.
29.9.2014	Außenminister Abdylidajew weist in seiner Rede vor der 69. UN-Vollversammlung in New York auf die Lage in Afghanistan als eine ernste Bedrohung der Sicherheit in Zentralasien hin.
29.9.2014	Präsident Almasbek Atambajew trifft am Rande des World Economic Forum in Istanbul mit dem türkischen Premier Ahmet Davutoglu und seinem georgischen Amtskollegen Giorgi Margvelashvili zusammen.
29.9.2014	Nach Angaben des Vorsitzenden des staatlichen Komitees für nationale Sicherheit, Busurmankul Taabaldijew, sollen derzeit ca. 100 Kirgisen im syrischen Bürgerkrieg kämpfen, bislang sollen acht von ihnen zu Tode gekommen sein.
29.9.2014	Nach Angaben von Finanzministerin Olga Lawrowa liegt die kirgisische Staatsverschuldung aktuell bei 187 Mrd. Som (ca. 3,5 Mrd. US-Dollar), davon sind 174,2 Mrd. Som (ca. 3,1 Mrd. US-Dollar) Auslandsschulden.
29.9.2014	In Bischkek wird der 80. Kongress des PEN-Klubs eröffnet. Die Ehefrau des zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilten usbekischen Menschenrechtlers Asimschan Askarow appelliert an die versammelten Schriftsteller, sich für die Freilassung ihres Mannes einzusetzen.
1.10.2014	Das Parlament bestätigt einstimmig Melis Turganbajew als neuen Innenminister. Sein Vorgänger Abdylidajew war am 16.9. zurück getreten.
2.10.2014	In Bischkek werden 16 chinesische Bauarbeiter festgenommen, die am 30.9. in betrunkenem Zustand einen kirgisischen Polizisten beleidigt hatten.
7.10.2014	Premierminister Dschoormat Otorbajew unterzeichnet eine Vereinbarung mit der japanischen Entwicklungshilfeorganisation JICA über die Bereitstellung von 15,1 Mio. US-Dollar für die Verbesserung der Ausstattung des Flughafens von Bischkek.
8.10.2014	Präsident Atambajew empfängt in Bischkek die OSZE-Hochkommissarin für nationale Minderheiten, Astrid Thors, zu Gesprächen über die politische und sozioökonomische Lage sowie die zwischenethnischen Beziehungen. Am Vortag war Thors bereits mit Premier Otorbajew zusammen getroffen.
8.10.2014	Das Parlament stimmt in erster Lesung mit 76 zu neun Stimmen einer Reihe für den Beitritt zur Zollunion notwendiger Dokumente zu.
8.10.2014	Das Parlament billigt einen Gesetzentwurf, nach dem aus der Zivilbevölkerung in Grenzregionen bewaffnete Einheiten zur Unterstützung des staatlichen Grenzschutzes ausgebildet werden sollen.
9.10.2014	Energieminister Osmonbek Artykbajew erklärt seinen Rücktritt.
9.10.2014	Der Parlamentsabgeordnete Tursunbek Bakir uluu fordert das Verbot einer in Bischkek angekündigten Gay Show. Europa versuche auf diese Weise die Kirgisen zu verderben.
9.10.2014	Nach Angaben des Direktors der staatlichen Agentur für Lokalverwaltung und zwischenethnische Beziehungen, Naken Kaschijew, hat es 2013 in Kirgistan ca. 140 zwischenethnische Konflikte gegeben.

10.10.2014	Präsident Atambajew hält sich zur Teilnahme am GUS-Gipfel in Minsk auf.
10.10.2014	In Bischkek wird ein neues mit UNDP-Unterstützung eingerichtetes staatliches Zentrum zur Beobachtung der zwischenethnischen Beziehungen eröffnet.
10.10.2014	Bei Gesprächen mit dem britischen Staatsminister für Justiz, Edward Faulks, drängt Generalstaatsanwältin Aida Saljanowa auf die Auslieferung des Sohnes von Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew. Maksim, der Asyl in Großbritannien beantragt hat. Er war im März 2013 in Kirgistan in absentia zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe wegen Korruption verurteilt worden, derzeit wird wegen weiterer Finanzvergehen gegen ihn verhandelt.
11.10.2014	Kubanytschbek Turdubajew wird von Präsident Atambajew zum amtierenden Energieminister ernannt.
12.10.2014	In einem Park im Südwesten von Moskau werden ein kirgisischer und ein usbekischer Arbeitsmigrant ermordet aufgefunden.
13.10.2014	Der Pressedienst des Notstandsministeriums meldet, dass kirgisische und tadschikische Experten über koordinierte Notfallmaßnahmen an den gemeinsamen Grenzen beraten haben.
14.10.2014	Am Rande des Treffens der Agrarminister der SCO-Staaten in Moskau erörtert Landwirtschaftsminister Taalibek Aidaralijew mit seinem russischen Amtskollegen Nikolaj Fjodorow Fragen der Zusammenarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beitritt Kirgistans zur Zollunion. Es finden auch Gespräche mit den stellvertretenden Landwirtschaftsministern Chinas und Kasachstans statt.
14.10.2014	Der stellvertretende Außenminister Abdyrachman Mamatalijew trifft mit U.S. Deputy Assistant Secretary for Central Asia, Daniel Rosenblum, zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit, vor allem im Sicherheitsbereich, zusammen.
14.10.2014	Präsident Atambajew kündigt vor Historikern an, dass Kirgistan im Jahr 2017 eine »richtige Armee« haben werde, die in der Lage sein werde, das Land zu verteidigen. Bei gleicher Gelegenheit spricht Atambajew sich für Schutz und Förderung der kirgisischen Kultur und Sprache aus.
14.10.2014	Das oberste Gericht der kanadischen Provinz Ontario friert auf Antrag der Stans Energy Corp. die der Kyrgyzalyn gehörenden Aktien an der Centerra Ltd. ein. Die Stan Energy Corp. hatte sich wegen nicht gezahlter kirgisischer Schulden in Höhe von knapp 120 Mio. US-Dollar in einem anderen Minengeschäft an das Gericht gewandt.
15.10.2014	Das Parlament billigt mit 79 zu sieben Stimmen in erster Lesung einen Gesetzentwurf, in dem Propaganda für homosexuelle Beziehungen und Interessenvertretungen unter Androhung von bis zu einem Jahr Haft verboten werden.
17.10.2014	Der stellvertretende Premier Walerij Dil berichtet vor der Parlamentsgruppe von Respublika unter Berufung auf seinen usbekischen Amtskollegen Rustam Asimow, dass Usbekistan derzeit kein Gas nach Kirgistan liefere, weil durch den Eigentümerwechsel bei Kyrgyzgas keine Rechtsgrundlage mehr bestehe.
20.10.2014	In der Oper von Bischkek findet der Gründungs- bzw. Vereinigungsparteitag von Respublika und Ata-Dschurt mit über 1.000 Mitgliedern beider Parteien statt.
21.10.2014	Die Vorsitzende des russischen Föderationsrates, Walentina Matwijenko, die sich auf Einladung des Vorsitzenden des kirgisischen Parlaments Asylbek Dscheenbekow in Bischkek aufhält, wird von Präsident Atambajew und Premier Otorbajew empfangen. Sie sagt eine russische Unterstützung von 30 Mio. US-Dollar zur Entwicklung des kirgisischen Finanzsystems zu.
21.10.2014	Der Chefredakteur der Zeitung Chyyyr (Straße), Akylbek Atabajew, wird mit 10 kg Heroin und weiteren Drogen verhaftet.
22.10.2014	Die Nachrichtenagentur Kyrtag meldet, dass ein Bezirksgericht in Bischkek den Sohn von Ex-Präsident Bakijew, Maksim, in Abwesenheit zu einer zweiten lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen Unterschlagung von 2 Mrd. Som (36 Mio. US-Dollar) des Sozialfonds verurteilt hat.
22.10.2014	Präsident Atambajew erörtert in Bischkek mit Miroslav Jenca, dem UN-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und des Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Union sowie eine Reform des Wahlrechts.
24.10.2014	Das Internationale Schiedsgerichtshof in Paris verurteilt Kirgistan zur Zahlung von 16,5 Mio. US-Dollar an den ehemaligen Eigentümer der Manas-Bank, Walerij Belokon. Dieser war nach dem Sturz Kurmanbek Bakijews im April 2010 enteignet worden.
24.10.2014	Präsident Atambajew ernennt Kubanytschbek Turdubajew zum neuen Minister für Industrie- und Energie.
24.10.2014	Im Bezirk Lejlek (Gebiet Batken) endet eine dreitägige kirgisisch-tadschikische Katastrophenschutzübung.

24.10.2014	Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der UN, Seid al-Hussein, ruft die kirgisische Regierung dazu auf, den in der Vorwoche vom Parlament verabschiedeten Gesetzentwurf mit dem die Propagierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen mit Strafen belegt werden, zu überarbeiten. Drei Tage zuvor hatte bereits die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, den Entwurf kritisiert und eine Neuformulierung gefordert.
------------	---

Tadschikistan

27.9.2014	Premierminister Kohir Rasulsoda fordert in seiner Rede vor der 69. UN-Vollversammlung eine engere Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten bei der zwischenstaatlichen Regelung der Nutzung von Wasserressourcen.
29.9.2014	Die Regierung verabschiedet einen Nationalen Plan für die Sanierung von Uranminen 2014–2024.
29.9.2014	US-Botschafterin Susan Elliott und die stellvertretende Außenministerin Osoda Emomali Rahmon unterzeichnen eine Vereinbarung, mit der die USA Tadschikistan 3,2 Mio. US-Dollar zur Verbesserung der Grenzsicherheit zur Verfügung stellen.
29.9.2014	Die Regierung beschließt die Bildung einer neuen staatlichen Agentur zur Kontrolle der Sicherheit von Wasserkraftanlagen.
30.9.2014	Parlamentssprecher Schukurjon Zuhuraw erörtert in Kabul mit dem neuen afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani Ahmadzai und dem neuen Regierungschef Abdullah Abdullah Fragen des Ausbaus der Zusammenarbeit.
30.9.2014	Der Generaldirektor der Weltzollorganisation (WCO), Kunio Mikuriya, trifft zu Gesprächen mit Präsident Emomali Rachmon und Premierminister Rasulsoda in Duschanbe ein.
5.10.2014	Asia-Plus berichtet, dass am Vorabend auf dem Hauptplatz von Duschanbe eine Übung von Sicherheitskräften zur Auflösung von illegalen Demonstrationen stattgefunden hat.
6.10.2014	Mehr als 1.000 russische Soldaten der in der Nähe von Duschanbe stationierten 21. Militärbasis der RF üben in einem Manöver den Kampf gegen eindringende internationale Terroristen.
6.10.2014	Internetnutzer und Provider berichten, dass fast dreihundert Websites blockiert sind, darunter viel genutzte russische soziale Netzwerke. Es wird ein Zusammenhang mit einem über diese Seiten verbreiteten Demonstrationsaufruf des Oppositionellen Umarali Kuwatow für den 10.10. vermutet.
6.10.2014	Verteidigungsminister Scherali Mirsojew und der Chef des Generalstabs, Zarif Scharifsoda, erörtern mit dem Chef des russischen zentralen Militärbezirks, General Jaroslaw Roschupkin, den Bau des Truppenübungsplatzes Armageddon im Gebiet Chatlon.
7.10.2014	Im Bezirk Farhor(Gebiet Chatlon) werden Eltern und weitere Verwandte von Scharofiddin Gadojew, einem Aktivist der Gruppe 24, verhaftet.
8.10.2014	Die Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) spricht sich gegen die in den sozialen Netzwerken für den 10.10. angekündigte Demonstration aus. Unzweifelhafte Fehler der Regierung seien besser im Dialog zu lösen.
9.10.2014	Die Sicherheitskräfte Tadschikistans sind in Alarmbereitschaft versetzt, meldet Avesta. Es wird ein Zusammenhang mit den Protestaufrufen der Gruppe 24 vermutet, die am Abend vom Obersten Gericht als extremistisch eingestuft und verboten wird.
10.10.2014	Präsident Rachmon nimmt am GUS-Gipfel in Minsk teil.
10.10.2014	Der SMS-Dienst funktioniert im ganzen Land nicht, außerdem sind im Laufe der vergangenen Woche immer mehr Websites, aktuell mehr als 1.000, darunter die viel genutzten russischen sozialen Netzwerke, blockiert worden. Die angekündigte Demonstration findet nicht statt.
13.10.2014	Die Websites der sozialen Netzwerke und unabhängiger Medien sind wieder zugänglich. Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, hatte bereits am 7.10. von der tadschikischen Regierung die Wiederherstellung eines freien Internetzugangs gefordert.
14.10.2014	Außenminister Sirojiddin Aslow empfängt in Duschanbe den stellvertretenden Generalsekretär der UN Economic Commission for Europe (UNECE), Andrej Wasiljew, zu Gesprächen über Wasserkraft, Transport und Zölle.
16.10.2014	Der aserbaidschanische Präsident İlham Alijew wird in Duschanbe von Präsident Rachmon zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und vor allem die regionale und internationale Sicherheitslage empfangen.
16.10.2014	Nach Angaben von Innenminister Rahimsoda gegenüber der Zeitung Tojikiston sind bereits mehr als 50 tadschikische Staatsbürger im syrischen Bürgerkrieg gefallen.
17.10.2014	Der Sekretär des Sicherheitsrates der RF, Nikolaj Patruschew, wird von Präsident Rachmon zu Gesprächen über die Situation an der Grenze zu Afghanistan und die militärische Zusammenarbeit empfangen wird.

17.10.2014	Asia-Plus meldet, dass in Duschanbe zwei Jugendliche unter dem Verdacht der Teilnahme an der Gruppe 24 und extremistischen Aktionen festgenommen wurden. Sie hatten oppositionelle Losungen an die Wände von Wohnhäusern gesprüht.
18.10.2014	Die Nachrichtenagentur Avesta berichtet, dass im Bezirk Spitamen (Gebiet Sogd) bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte 13 der Mitgliedschaft in der terroristischen Organisation Jondollah Verdächtige festgenommen wurden. Insgesamt werden im Gebiet Sogd mehr als 90 Personen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in terroristischen Gruppen gesucht.
19.10.2014	Aus dem Innenministerium verlautet, dass am Vortag 20 Islamisten festgenommen wurden, die geplant haben sollen, den Tunnel zwischen Duschanbe und dem Norden des Landes zu sprengen. Angeblich soll es sich um Rückkehrer aus dem syrischen Bürgerkrieg handeln.
20.10.2014	Präsident Rachmon sendet den Entwurf eines Amnestiegesetzes zur Beratung an das Parlament. Am Vorabend des 20. Verfassungsjubiläums sollen bis zu 10.000 Gefangene (Jugendliche, Frauen, Veteranen, Häftlinge, die bereits $\frac{3}{4}$ ihrer Strafe abgeessen haben, Behinderte und Kranke) frei kommen.
20.10.2014	Auf dem 4. Treffen des EU-Tadschikistan-Rates in Luxemburg drängt die EU auf die Schaffung von Voraussetzungen für transparente Parlamentswahlen. Außerdem wird bekannt, dass die Europäische Kommission Tadschikistan im Zeitraum 2014–2020 251 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Außenminister Aslow kommt am Rande der Sitzung auch mit dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn zusammen.
21.10.2014	Journalisten und Menschenrechtsorganisationen fordern in einer gemeinsamen Erklärung ein Ende der Blockierung von Internetseiten ohne rechtliche Grundlage. Gleichzeitig wird bekannt, dass die Website von Asia-Plus, www.news.tj , erneut unzugänglich ist.
22.10.2014	Kronprinzessin Mary von Dänemark trifft zu einem viertägigen Besuch in Duschanbe ein, bei dem sie verschiedene medizinische Einrichtungen besuchen und hochrangige Gespräche führen wird.
22.10.2014	Außenminister Aslow diskutiert in Brüssel mit dem stellvertretenden Nato-Generalsekretär Alexander Vershbow Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
22.10.2014	Innenminister Rahimsoda diskutiert bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Kolokolzew in Moskau Fragen der Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus und Extremismus.
24.10.2014	Der Vorsitzende der oberen Kammer des Parlaments, Mahmadsaid Ubaidullojew, betont bei einem Treffen mit der Vorsitzenden des russischen Föderationsrates, Valentina Matwijkeno, in Moskau, die Bedeutung der bilateralen Kontakte. Matwijkeno befürwortet eine Mitgliedschaft Tadschikistans in der Eurasischen Union. Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der russischen Duma Sergej Naryschkin verurteilt Ubaidullojew die westlichen Sanktionen gegen Russland.

Turkmenistan

28.9.2014	In Aschchabad findet der Gründungskongress der Agrarpartei Turkmenistans statt. Chef der neuen, dritten Partei des Landes wird Redschep Basarow.
28.9.2014	Außenminister Raschid Meredow erklärt während einer Rede vor der UN-Vollversammlung die Bereitschaft seines Landes, unter der Ägide der UN den innerafghanischen Dialog fördern zu wollen.
29.9.2014	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow ruft beim Treffen der Kaspianrainerstaaten in Astrachan dazu auf, ungeklärte Fragen um den Status des Gewässers nicht zu politisieren. Am Rande des Gipfels trifft er u. a. mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen.
1.10.2014	Präsident Berdymuchammedow kündigt während eines Treffens mit dem Chef des französischen Baukonzerns Vinci Construction Grand Projets, Alain Bonnot, in Aschchabad eine engere Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen an.
2.10.2014	Präsident Berdymuchammedow eröffnet ca. 40 km von Aschchabad entfernt das erste der so genannten Zukunftsdörfer. Dort wird in den kommenden Tagen 580 Familien moderner Wohnraum und soziale Infrastruktur zur Verfügung gestellt, meldet RIA Nowosti.
7.10.2014	Präsident Berdymuchammedow weiht in Aschchabad einen 650.000 m ² umfassenden Gedenkkomplex zu Ehren der Opfer des Zweiten Weltkriegs, des Aufstands von Geok tepe (1881) und des Erdbebens von Aschchabad im Jahr 1948 ein.
8.10.2014	Die russische Zeitung Wedomosti berichtet unter Berufung auf Quellen in der Gazprom-Führung, dass der Konzern in näherer Zukunft auf Zukäufe von Erdgas aus Turkmenistan und Usbekistan verzichten wolle.

10.10.2014	Präsident Berdymuchammedow reist zum GUS-Gipfel nach Minsk, wo er u. a. mit seinem weißrussischen Amtskollegen Aleksandr Lukaschenka einen Vertrag zum weiteren Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterschreibt.
14.10.2014	Die afghanische Nachrichtenagentur AfTAG meldet, dass Turkmenistan seine Grenze mit Afghanistan mit Stacheldrahtzäunen verstärkt.
16.10.2014	Präsident Berdymuchammedow sichert seinem neuen afghanischen Amtskollegen Ashraf Ghani in einem Telefonat Unterstützung bei der Energieversorgung zu.
20.10.2014	Die exiloppositionelle Website Alternativnye Nowosti Turkmenistana meldet, dass eine anlässlich der Eröffnung mehrere Infrastrukturobjekte im Gebiet Mary durch Präsident Berdymuchammedow aus einem nahen Dorf herangeschaffte Gruppe von jubelnden Kindern von einem Auto aus dem Tross des Präsidenten erfasst wurde. Es habe vier Tote und 20–30 Verletzte gegeben.
20.10.2014	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem Arbeitsbesuch in die Stadt Turkmenabat (Gebiet Lebap), wo er eine Rede über Fragen der regionalen Entwicklung auf dem Kongress der Ältestenräte hält.
22.10.2014	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret zur Begnadigung von Häftlingen anlässlich des bevorstehenden Tages der Unabhängigkeit.
23.10.2014	Der usbekische Präsident Islam Karimow trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Aschchabad ein. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Präsident Berdymuchammedow sind die Auswirkungen der instabilen Lage im nördlichen Afghanistan auf die Sicherheit beider Länder.
24.10.2014	Präsident Berdymuchammedow entlässt den Chef des wichtigsten erdölverarbeitenden Betriebs des Landes in der Stadt Turkmenbaschi, Tatschberdi Tagijew.

Usbekistan

28.9.2014	Mehrere Medien veröffentlichen neueste Satellitenaufnahmen der NASA, die zeigen, dass der östliche Teil des Aralsees völlig ausgetrocknet ist.
29.9.2014	Die EU-Delegation in Usbekistan teilt mit, dass die EU und Usbekistan einen gemeinsamen Rat für ausländische Investitionen und Handel bilden werden.
30.9.2014	Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, dass im Gebiet Taschkent mehrere hochrangige Mitarbeiter des Zolls wegen Annahme von Schmiergeldern verhaftet wurden.
30.9.2014	Mitglieder der Menschenrechtsorganisation Anti-Slavery International versuchen vergeblich, der Botschaft Usbekistans in London eine Liste mit 2.700 Unterschriften gegen Zwangsarbeit in Usbekistan zu übergeben.
30.9.2014	Die offizielle Website norma.uz meldet, dass die Kontrolle aller im Handgepäck befindlichen elektronischen Geräte auf usbekischen Flughäfen im Interesse der Flugsicherheit gesetzlich vorgeschrieben wird. Damit wird eine lange übliche Praxis legalisiert.
30.9.2014	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt den stellvertretenden turkmenischen Außenminister Berdinijas Mjattijew zu regulären Regierungskonsultationen über den Stand der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit.
30.9.2014	In Muskat, Oman, findet die zweite Sitzung einer usbekisch-omanischen Wirtschaftskommission statt, es wird ein Vertrag über den Luftverkehr zwischen beiden Staaten unterzeichnet.
1.10.2014	Im Beisein von Präsident Islam Karimow wird in Taschkent die neue, größte Moschee Usbekistans, Minor, eröffnet.
1.10.2014	Durch einen privaten Eintrag im sozialen Netzwerk Instagram wird bekannt, dass der Premierminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Emir Mohammed bin Rashid Al Maktoum, sich zu einem privaten Besuch zur Jagd mit Falken in Usbekistan aufgehalten hat.
2.10.2014	In seiner Eröffnungsansprache auf der 99. Sitzung des Exekutivrates der Welttourismusorganisation (UNWTO) in Samarkand betont Präsident Islam Karimow, dass Sicherheit die wichtigste Voraussetzung für Tourismus sei. In einem Gespräch mit UNWTO-Generalsekretär Taleb Rifai erörtert Karimow Möglichkeiten der Weiterentwicklung dieses Wirtschaftssektors in Usbekistan.
4.10.2014	12news.uz berichtet vom Tod von 17 und der Verwundung von weiteren 20 aus Usbekistan stammenden ISIS-Kämpfern im syrischen Rakka. Der Führer der verbotenen Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU), Usmon Ghozi, kündigt in einer Botschaft den Anschluss seiner Organisation an ISIS an.
5.10.2014	Der Menschenrechtler Dmitrij Tichonow, der im Gebiet Taschkent bei der Beobachtung der Baumwollernte zum wiederholten Mal verhaftet worden war, wird nach fünf Stunden mit Entschuldigungen frei gelassen.
6.10.2014	In Taschkent beginnt mit »Tourism on the Silk Road – 2014« die wichtigste Tourismusmesse des Landes.

6.10.2014	Bei einem Gespräch mit Dorfbewohnern während einer Informationsreise im Gebiet Andischan kündigt Präsident Karimow einen erneuten Besuch in zwei Jahren an, was von Beobachtern als versteckte Ankündigung einer erneuten Präsidentschaftskandidatur interpretiert wird.
6.10.2014	Die Regierung beschließt die Bildung spezieller neuer Einheiten von Freiwilligen zur Unterstützung der Grenztruppen.
7.10.2014	Alle vier zugelassenen Parteien haben innerhalb der gesetzlichen Frist die Unterlagen für die Zulassung zur Beteiligung an den Parlamentswahlen am 21.12.2014 eingereicht, meldet die Zentrale Wahlkommission.
7.10.2014	Zum Abschluss ihres Treffens in Taschkent unterzeichnen Generalstaatsanwalt Raschitjon Kodirow und sein chinesischer Amtskollege Cao Jianming einen Aktionsplan für die Zusammenarbeit ihrer Behörden 2015–16. Ähnliche Dokumente wurden auch mit Vertretern der russischen und mongolischen Staatsanwaltschaft unterzeichnet.
7.10.2014	Russland hat den in Usbekistan unter dem Verdacht von Menschenhandel gesuchten Schersod Schonasarow nach Taschkent ausgeliefert, meldet Interfax.
7.10.2014	Nach Angaben von Uznews.net hat die Familie des im Juni aus Moskau verschwundenen Unternehmers Mirsibir Hamidkarajew, diesen in usbekischer Untersuchungshaft aufgespürt. Hamidkarajew hatte in Russland um politisches Asyl ersucht.
8.10.2014	Ein Gericht im Gebiet Choresm verurteilt den stellvertretenden Chef der Gesundheitsabteilung des Gebiets wegen Machtmissbrauch und Bestechlichkeit zu einer langjährigen, aber nicht genau bekannten Freiheitsstrafe.
8.10.2014	Regierung und FAO (UN Food and Agriculture Organization) unterzeichnen ein Country Programming Framework für die Jahre 2014–2017, das die Basis der Arbeit der Organisation in Usbekistan bildet.
9.10.2014	Der Generalsekretär der International Civil Defence Organization (ICDO), Wladimir Kuwschinow, führt Gespräche über die Perspektiven der Zusammenarbeit im Notstandsministerium. Usbekistan hat seit Februar 2014 Beobachterstatus in der Organisation.
9.10.2014	Die Zentrale Wahlkommission lässt die vier Parteien, die die für eine Teilnahme an der Parlamentswahl notwendigen Unterlagen eingereicht hatten, für die Wahl zu.
9.10.2014	Aus der Regierung verlautet, dass Usbekistan seine Energieexporte nach Russland weiter zurückfahren und China umso stärker beliefern will.
10.10.2014	Die Prawda Wostoka berichtet, dass bei privaten Bauarbeiten im Gebiet Samarkand ein Depot mit 206 indischen Münzen aus dem 16. Jh. entdeckt wurde.
11.10.2014	Präsident Karimow erörtert am Rande des GUS-Gipfels in Minsk mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenka Möglichkeiten einer weiteren Intensivierung der bilateralen Kontakte.
12.10.2014	In einem Park im Südwesten von Moskau werden ein usbekischer und ein kirgisischer Arbeitsmigrant ermordet aufgefunden.
12.10.2014	Laut Meldung von Uznews.com wurde die Armee zum Baumwollpflücken abkommandiert, weil das Ernteziel bislang verfehlt wurde.
13.10.2014	Nach den Worten von Premierminister Schawkat Mirsijajew bei der Eröffnung der 10. Internationalen Textilmesse in Taschkent hat Usbekistan in diesem Jahr bereits Textilprodukte im Wert von mehr als 1 Mrd. US-Dollar exportiert.
13.10.2014	Mit Unterzeichnung des entsprechenden Dekrets durch Präsident Karimow erhalten die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges ab 2015 eine bessere soziale Absicherung.
13.10.2014	Nach Angaben aus dem Justizministerium mussten in den vergangenen zwei Jahren mehr als 1.000 private Schulen wegen fehlender Lizenzierung schließen.
14.10.2014	Die mit der Vertretung der Interessen Gulnara Karimowas beauftragte Londoner Beratungsgesellschaft DRD Partnership dementiert in einer e-mail Gerüchte über eine Freilassung und Ausreise der Präsidententochter. Sie befände sich nach wie vor mit ihrer Tochter unter Hausarrest in Taschkent.
14.10.2014	Rustam Inojatow, Chef des nationalen Sicherheitsdienstes, wird in Beijing von seinem chinesischen Amtskollegen Meng Jianzhu zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit empfangen.
15.10.2014	Die französische Organisation ACAT France (Action des chrétiens pour l'abolition des la torture) spricht der usbekischen Menschenrechtlerin Mutabar Tadschibajewa ihren Angel-Tetre-Preis zu.
16.10.2014	Nachdem am 13.10. bereits die Kabelübertragung des russischen Wirtschafts-TV-Senders Telekanal RBK eingestellt worden war, betrifft dies nun auch den GUS-Fernsehsender MIR.

16.10.2014	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass in Taschkent Treibstoffmangel besteht, Tankstellen geschlossen bleiben, an anderen stundenlanges Warten erforderlich ist.
17.10.2014	Präsident Karimow empfängt die stellvertretende UN-Generalsekretärin und UNDP-Chefin Helen Clark zu Gesprächen über die Zusammenarbeit. Clark hält sich zu einem mehrtägigen Besuch in Usbekistan auf, währenddessen sie auch die Region am austrocknenden Aralsee besucht.
17.10.2014	Die Nationalbank beschließt den Beitritt zur Kreditkartengesellschaft Mastercard. Der Beitritt zu Visa ist in Vorbereitung.
18.10.2014	Kultur- und Sportminister Minhojiddin Hojimatow, als Dichter auch bekannt unter seinem Künstlernamen Minhojiddin Mirzo, wird von seinen Amtspflichten entbunden.
20.10.2014	Nach Angaben des nationalen Zentrums für den Kampf gegen AIDS ist die Zahl der HIV-positiv getesteten Fälle unter Arbeitsmigranten 2013 auf 418 gestiegen.
20.10.2014	Nach Angaben von Amnesty International haben fast 200.000 Menschen in 123 Staaten eine Petition zur Freilassung einer zu 18 Jahren Gefängnis verurteilten Usbekin unterzeichnet. Ihr Vergehen bestand in der Teilnahme an einer Demonstration für bessere Wirtschaftsbedingungen.
21.10.2014	Vor den Botschaften Usbekistans in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten finden von AI organisierte Demonstrationen gegen Folter statt.
21.10.2014	Auf dem Gelände einer Brotfabrik im russischen St. Petersburg werden acht junge zentralasiatische Arbeitsmigranten, davon fünf Usbeken, durch Messerstiche schwer verletzt aufgefunden.
22.10.2014	Menschenrechtler melden, dass in einigen Bezirken des Gebiets Kaschkadarja ab dem heutigen Tag Schüler der 5.-9. Klassen zur Baumwollernte zwangsverpflichtet sind.
22.10.2014	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet mehrere Änderungen im Steuerrecht, demnach müssen Bürger mit einem Einkommen von weniger als 107.635 Sum (ca. 44 US-Dollar) im Monat ab 1.1.2015 keine Einkommenssteuer mehr zahlen, bei allen andere steigt sei um ca. 1 %.
23.10.2014	Ein Gericht in Samarkand verurteilt zwei Frauen wegen Mitgliedschaft bei den Zeugen Jehovas zu einer Geldstrafe von 500.000 Sum (ca. 207 US-Dollar).
23.10.2014	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass im Gebiet Choresm ein Farmer Selbstmord begangen hat nachdem er wegen Nichterfüllung des Baumwollernteplans auf einer Versammlung öffentlich kritisiert worden war.
23.10.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung einer Kompensation von 7.500 Euro plus Prozesskosten an den im Juni 2013 aus Orenburg im Moment seiner Freilassung aus der Auslieferungshaft entführten Usbeken Ikromschon Mamadschonow.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g



giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2014 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>